



08.04.2022

Liebe Genossinnen und Genossen,  
liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

die schrecklichen Bilder aus den von den russischen Soldaten verlassenen Orten rund um die ukrainische Hauptstadt Kyiv erschüttern uns zu tiefst und bewegen uns alle sehr. Putin trägt die Verantwortung für diese Kriegsverbrechen. Olaf Scholz hat am Mittwoch noch einmal klar gemacht: „Putin darf diesen Krieg nicht gewinnen!“ ([Hier geht es zu seinem ganzen Statement](#))

Wir haben gemeinsam mit unseren Partnern der EU und NATO weitere Unterstützung für die Ukraine verständigt. Dabei steht für uns im Vordergrund, dass unsere Sanktionen immer Russland und Putin härter treffen müssen, als sie uns selbst schaden würden. Und: Alles was wir tun erfolgt in enger Abstimmung mit unseren Partnern. Deshalb gibt es auch keine Informationen über konkrete Zahlen von Waffenlieferungen, da dies auch Russland nutzen könnte und uns die Ukraine explizit darum gebeten hat, diese Zahlen nicht zu veröffentlichen.

Und die Sanktionen wirken: Russland ist nicht mehr in der Lage seine Schulden in Dollar zu bezahlen und hat jetzt Überweisungen in Rubel vorgenommen, die so von den Gläubigern nicht akzeptiert werden. Russland läuft damit Gefahr eine Staatsinsolvenz zu erleiden, mit weitreichenden Folgen für die gesamte russische Bevölkerung und die russische Wirtschaft. Aber auch uns treffen die Folgen der Sanktionen. Energiepreise steigen und belasten vor allem diejenigen besonders, die nur ein geringes Einkommen haben. Neben den Entlastungspaketen I und II, zu denen es im letzten Newsletter bereits alle Informationen gab ([Hier geht es zum Nachlesen](#)) haben wir zusätzlich ein Osterpaket geschnürt, welches den Ausbau von Erneuerbaren Energien vorantreiben wird.

Wir schreiben den Grundsatz gesetzlich fest, dass erneuerbare Energien künftig Vorrang vor fossilen Erzeugungsformen haben werden und dadurch schneller genehmigt und umgesetzt werden können. Dadurch werden wir die Quoten von nachhaltiger Stromerzeugung beispielsweise durch den Bau von Windkraftanlagen deutlich und schnell erhöhen. Auch Privathaushalte werden profitieren: Wenn jemand eine private Photovoltaik Anlage auf dem eigenen Dach hat und den damit erzeugten Strom in das Netz einspeist gab es bisher eine Vergütung von 6,83 Cent pro Kilowattstunde. Dies erhöhen wir auf bis zu 13,8 Cent pro Kilowattstunde. Zudem werden wir die EEG-Umlage abschaffen, um alle Haushalte und Unternehmen zu entlasten. Dadurch sparen alle Privathaushalte und Unternehmen 3,72 Cent pro Kilowattstunde verbrauchten Strom. Unser Ziel ist es unabhängiger von Energieimporten zu werden.

Für Studierende werden wir das BAföG reformieren. Die Freibeträge werden um volle 20 Prozent, die Bedarfssätze und der Zuschlag für Kinderbetreuung um jeweils 5 Prozent erhöht. Zusätzlich erhöhen wir den Wohnkostenzuschlag auf 360 Euro und sorgen dafür, dass das BAföG schneller und vor allem digital beantragt

werden kann. Wir sorgen damit dafür, dass Studierende angemessen unterstützt werden. **Alle jungen Menschen sollen die Möglichkeit bekommen, studieren zu können. Nicht nur die mit reichen Eltern.**

Wir haben gestern im Bundestag über die Einführung einer allgemeinen Impfpflicht beraten. Es hat sich abgezeichnet, dass es keine parlamentarische Mehrheit für eine Impfpflicht ab 18 geben wird. Deshalb haben wir gemeinsam mit den Initiatorinnen und Initiatoren des weiteren Gesetzesentwurf einen Kompromiss vorgelegt. Mit einer Impfpflicht ab 60, einer Beratungsnachweispflicht ab 18 und dem Aufbau eines Impfreisters wollten wir verhindern, dass wir erneut freiheitseinschränkende Maßnahmen bei einer neuen Welle im Herbst und Winter ergreifen müssen. Wir wollten Vorsorge treffen und vor die Lage kommen.

## Mehr BAföG für mehr Studis!

Im Koalitionsvertrag vereinbart und heute im Kabinett beschlossen – wir heben an:

-  die **Freibeträge** um volle 20 Prozent
-  die **Bedarfssätze** und den **Zuschlag für Kinderbetreuung** um 5 Prozent
-  den **Wohnkostenzuschlag** auf 360 Euro
-  die **Altersgrenze auf 45 Jahre** zu Beginn des zu fördernden Ausbildungsabschnitts

 Und: BAföG kann endlich **digitaler und schneller** beantragt werden

**SPD**  
Fraktion im  
Bundestag

Foto: Nathan Dumlao / Unsplash

Ich habe als erste Rednerin unserer Gruppe noch einmal intensiv für diesen Kompromissvorschlag geworben ([Hier geht es zu meiner ganzen Rede](#)) Leider hat dieser keine parlamentarische Mehrheit im Bundestag gefunden. Damit wurde die Chance vertan, dass wir rechtzeitig Vorsorge vor der nächsten Welle treffen konnten und im Herbst und Winter bei einer wahrscheinlichen neuen Welle wieder Krankenhäuser überlaufen werden, Geschäfte und Gastronomie erneut dicht machen müssen und Kinder und Jugendliche nicht in die Schule oder den Kindergarten gehen können. Dann wird sich die Union an ihrem gestrigen parteitaktischen Verhalten messen lassen müssen. Gewonnen hat gestern nur das Virus.

Wir haben heute zudem in erster Lesung über weitreichende Steuerentlastungen für alle Bürgerinnen und Bürger beraten. Wir erhöhen den Grundfreibetrag auf 10 347€, den Arbeitnehmer-Pauschbetrag um 20 Prozent auf 1200€ und die Fernpendlerpauschale auf 38 Cent ab dem 21. Kilometer. Eine Familie mit 2 Erwerbstätigen wird dadurch um rund 500€ pro Jahr entlastet. Und wir sorgen mit dem Corona-Steuerhilfegesetz dafür, dass die Steuerbefreiung der Zuschüsse zum Kurzarbeitergeld für Arbeitgeber erneut um 6 Monate verlängert wird. Außerdem verlängern wir die steuerliche Begünstigung von Investitionen von Unternehmen und die Frist für die Abgabe von Steuererklärungen für das Jahr 2020, um alle weiterhin dabei zu unterstützen gut durch die Pandemie zu kommen.

Mit solidarischen Grüßen

Dagmar Schmidt